# Antrag INI01: Schluss mit Hakenkreuzen auf Schultoiletten. Politische Willensbildung beginnt im Klassenzimmer!

Laufende Nummer: 90

| | |
|---|---|
| **Antragsteller*in:** | Jusos Gießen |
| **Status:** | zugelassen |
| **Sachgebiet:** | INI - Initiativanträge |

Weiterleitung: Bundeskongress der Jusos, Bezirksparteitag SPD Hessen Süd, Bundesparteitag SPD

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die jüngsten Vorfälle an Schulen in Deutschland zeigen; Hakenkreuze auf Schultoiletten oder rechte Parolen auf dem Pausenhof sind längst keine Einzelfälle mehr. Rechtsextreme Vorfälle und Straftaten haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Allein in Hessen wurden 2024 und 2025 mehr rechtsextreme Vorfälle an die Schulämter gemeldet als je zuvor – die Zahlen haben sich nahezu verdreifacht.

Es handelt sich dabei nicht nur um das Schmieren von Symbolen wie Hakenkreuzen auf Tischen, Stühlen oder Wänden im Klassenzimmer, sondern zunehmend auch um die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Besonders problematisch ist hierbei der Einfluss sozialer Medien wie Instagram und TikTok, über die sich Falschinformationen und rechte Narrative rasant verbreiten. Diese Entwicklung wirkt sich massiv auf die politische Meinungs- und Willensbildung junger Menschen aus – rechtsextreme Positionen finden unter Jugendlichen vermehrt (auch öffentlichen) Anklang.

Zudem beobachten wir eine bedenkliche Bandbreite rechtsextremer Vorfälle. Es reicht von Propagandadelikten über rassistische Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen gegen Mitschüler*innen oder Lehrkräfte. Solche Vorfälle tragen dazu bei, rechtsextreme Werte in Schulen weiter zu normalisieren.

Lehrkräfte stehen dieser Entwicklung oft unvorbereitet gegenüber, sowohl in der Prävention als auch in der Intervention. Viele fühlen sich unsicher im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen und werden mit der Problematik allein gelassen. Auch Schulen insgesamt sind häufig nicht ausreichend darauf vorbereitet, um effektiv gegenzusteuern.

Es braucht daher dringend eine systematische Verankerung von Demokratiebildung in den Schulen. Dazu gehört, dass bereits in der Lehramtsausbildung verpflichtende Seminare zum Umgang mit extremistischem Gedankengut und zur politischen Bildung angeboten werden. Diese Inhalte müssen auf die konkreten Herausforderungen im Schulalltag zugeschnitten sein und in allen Bundesländern verpflichtend implementiert werden.

Darüber hinaus müssen Schulen fächerübergreifend mehr Raum für Demokratiebildung schaffen und externe Unterstützung – etwa durch Demokratieprojekte oder politische Bildungsträger – stärker eingebunden werden. Hierbei ist es besonders wichtig früh zu implementieren und minderjährige Schüler*innen zu sensibilisieren.[DW1] Denn unsere Schüler*innen sind die Zukunft unserer Demokratie. Politische Bildung darf nicht allein durch Social Media, Hörensagen oder das familiäre Umfeld geprägt sein, sondern muss von qualifizierten Lehrkräften und gut aufgestellter politischer

Bildungsarbeit begleitet werden. Nur so kann politische Mündigkeit gefördert und rechte Propaganda wirksam zurückgedrängt werden.

**Deshalb fordern wir:**

**1. Prävention und politische Bildung stärken**

- Eine bundesweite Stärkung des Unterrichtsfaches Politik und Wirtschaft, um politische Bildung sowie Medienkompetenz gezielt auszubauen und Schüler*innen gegen rechtsextreme Ideologien zu stärken.
- Ausbau fächerübergreifender Demokratiebildung im Schulalltag durch die Einbindung externer Akteur*innen (z.?B. Demokratieprojekte, politische Bildungsträger), die Schulen innerhalb der Unterrichtszeit oder außerschulisch, z.B. in Jugendtreffs, unterstützen können.
- Verpflichtende Workshops und Kurse zur politischen Willens- und Meinungsbildung für Schüler*innen, um ihre demokratische Resilienz nachhaltig zu fördern.
- Eine stärkere Verankerung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dem Nationalsozialismus im Unterricht in Kooperation mit Organisationen und Verbänden, um historische Verantwortung zu vermitteln und rechtsextreme Tendenzen frühzeitig zu entlarven. Hierbei muss Geschichtsbewusstsein, Erinnerungskultur und Antisemitismusprävention als Querschnittsaufgabe verstanden werden.
- Erweiterung der bestehenden Lehrpläne um verpflichtende Module zur kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Narrativen in sozialen Medien.
- Ausbau der Bundeszentrale für politische Bildung und Erhalt des kostenlosen Zugangs zu wissenschaftlicher Literatur und Bildungsmaterial.

**2. Pädagogisches Personal befähigen und absichern**

- Verankerung von vielfältigen verpflichtenden Lehrveranstaltungen zur politischen Bildungsarbeit und insbesondere der Rechtsextremismus-Prävention in der Lehramtsausbildung, Erzieher*innenausbildung und den Ausbildungen, die perspektivisch mit Jugendlichen arbeiten, wie z.B. Soziale Arbeit. Hier muss ein besonderer Fokus auf den Praxisbezug gelegt werden.
- Schaffung gezielter Fortbildungsangebote zum Umgang mit antidemokratischen Einstellungen bei Kindern, Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten.
- Ausbau von Fortbildungsmöglichkeiten zum Erkennen und zur Prävention antidemokratischer Haltungen – insbesondere im digitalen Raum.
- Einführung regelmäßiger Deeskalationstrainings für Lehrkräfte und pädagogisches Personal
- Einrichtung bundesweiter Meldestellen für rechtsextreme und antidemokratische Vorfälle an Schulen, sowie eine verpflichtende Meldekette – von den Schulen, über Schulämter, bis hin zu den Bildungsministerien der Länder.

**3. Forschung fördern und Handlungskonzepte entwickeln**

- Ausschreibung und Förderung von Forschungsprojekten zu antidemokratischen Einstellungen unter Kindern, Jugendlichen und im familiären Umfeld

- Subventionierung praxisnaher Forschung zum Umgang mit Demokratiefeindlichkeit im schulischen und pädagogischen Alltag
- Entwicklung und Verbreitung konkreter Handlungskonzepte für Schulen und Lehrkräfte und Berufen im Kontext der politischen Bildung sowie der Arbeit mit Jugendlichen, um politischer Bildung, Geschichtsaufarbeitung und Extremismusprävention wirksam Raum zu geben.

[DW1]Besonders wichtig ist es, diese früh zu implementieren und insbesondere minderjährige Schüler*innen zu sensibilisieren.

## Begründung

Der Fall der Liebigschule in Gießen hat im Mai 2025 bundesweit für Aufsehen gesorgt. So kam es zu einem rechtsextremen und antisemitischen Vorfall bei dem der derzeitige Abiturjahrgang des Gymnasiums Vorschläge für einen Slogan – das sogenannte „Abimotto“ – über ein anonymes Online-Abstimmungsportal gesammelt hat. Das Motto mit dem höchsten Abstimmungsergebnis sollte gewählt werden. Hierbei sind mehrere rechtsextreme, antisemitische und rassistische Vorschläge eingegangen, welche auf den Nationalsozialismus anspielen. Die Schüler*innenschaft hat sofort nach Bekanntwerden der Vorfälle reagiert und das Abstimmungsportal gelöscht. Ein Schüler aus dem Abi-Komitee äußerte sich, dass der Abstimmungsprozess jedoch leicht manipulierbar gewesen sei. Die Schulleitung und Schüler*innenschaft der Liebigschule nimmt den Vorfall sehr ernst und hat bereits öffentlich Stellung bezogen. Derzeit ermittelt die Polizei und Staatsanwaltschaft wegen des Anfangsverdachts der Volksverhetzung (Stand 27.05.2025).